Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. jede Zeit Bestellungen entgegen, Gewalt, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Geschäftsstelle, nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 57 — 92. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 8. März 1933

Amerikas Bankenkrise.

Obwohl das Goethejahr hinter uns liegt, ihn zu zitieren augenblicklich also nicht mehr ganz so zeitgemäß ist wie früher, drängte sich seit einigen Tagen doch reichlich oft das Wort Goethes über die Lippen oder über die Feder — diesmal allerdings nur von einem gewissen Gefühl der namentlich uns Deutschen naheliegenden Schadenfreude diktiert —, wonach es Amerika viel besser habe als unser Kontinent, der alte. Weil eben Amerikas Bankenkrise und Währungserschütterung zeige, daß es dort auch nicht viel besser bestellt ist als im alten Europa! Weil erst Deutschland die schwere Krise von 1931, England ein paar Monate später die Pfundkrise durchzumachen hatte und nun auch in Amerika die Banken ihr Auszahlungsmoratorium erhielten und die Auszahlung der Banknoten in Gold ebenso verboten wurde wie die Goldausfuhr! Und weil die Panik, der „Run" auf die Banken und Sparkassen, die Geldhamsterei und die aus all dem entspringenden Verlegenheiten ähnliche Erscheinungen darstellen, wie wir sie in den Sommertagen 1931 kennenlernten und durchleben mußten!

Und doch sind das alles Folgen einer Krise, die nur zum Teil mit der damals bei uns zum Ausbruch gelangten zu vergleichen ist. Denn was uns — übrigens auch England im September 1931 — in den Sturz hineinjagte, ist in Amerika nicht wirksam gewesen: der Kredit- und Kapitalentzug vom Ausland her, der mit Gold beglichen werden mußte. Dieses Druckmittel hat Frankreich namentlich seit dem September 1931 auch Amerika gegenüber anzuwenden versucht mit dem Endeffekt, daß Amerika prompt bezahlte und ausländische Goldguthaben nur noch in verhältnismäßig geringer Höhe bei den amerikanischen Bundesbanken bestanden und bestehen. Vom Ausland her also läßt sich ein Druck auf den Dollar oder den amerikanischen Staatskredit nicht ausüben, sondern Amerika, das übrigens heute mit sechzehn Milliarden Mark immer noch über ein Drittel des Weltgoldbestandes verfügt, hat kredit- und währungspolitisch bei der Ordnung der augenblicklichen Wirrnisse völlig freie Hand. Obwohl der Warenaustausch gerade Deutschlands mit Amerika recht groß ist, eine Erschütterung des Dollars also sehr unangenehm zu verspüren wäre, hat man bei uns — und nur bei uns — die Dollarnotierung an der Börse nicht eingestellt. Und siehe da: der Dollar wurde ganze vier bis fünf Pfennige unter Parität notiert!

Die „New York Times" schrieben vor kurzem, es müsse in Amerika baldigst strengere Bankgesetze geben, „wenn wir unserem Lande den Vorwurf ersparen wollen, die schlechteste Bankenorganisation der Welt zu besitzen". Wenn man so etwas „drüben" selbst sagt . . .! Die Zehntausende von Kleinbanken haben in Amerika eben denselben verhängnisvollen Fehler gemacht, wie er bei uns so oft geschehen ist: Kurzfristige Gelder, also Kredite, in langfristiger Form festzulegen. Namentlich als Hypotheken für die Farmer und das Baugewerbe, da ja die starke natürliche Volksvermehrung und die — Einwanderung ständig wachsenden Wohnraum brauchte, die Wirtschaftsblüte zu einer rasend schnellen Ausdehnung der Fabriken und Geschäftsräume führte. Mit all dem ist's vorbei, die Kredite sind festgefroren und die Farmer werden Baumwolle und Getreide entweder gar nicht oder nur zu Preisen los, die eine Verzinsung und Tilgung ihrer Schulden unmöglich machen. Da außerdem diese Kleinbanken meist nur örtlichen oder regionalen Charakter haben und nur über sehr geringe Eigenkapitalien verfügten, sind allein in den drei Krisenjahren 1930 bis 1932 fast 6000 Banken zusammengebrochen. Aber selbst in den vorhergehenden vier Jahren der industriellen Wirtschaftsblüte auch schon 3600! Und von den 18 000, die heute noch bestehen, ist ein großer Teil gar nicht mehr zu retten, weil die von ihnen gewährten Kredite an die Farmer usw. nicht etwa „festgefroren", sondern einfach verloren sind. Das hat man gefühlt, gewußt, aber — nicht zugeben wollen, bis die ausbrechende Panik diese papierenen Kredit„schätze" in Brand steckte. Das sorgfältig aufbewahrte Gerümpel in der Bodenkammer brennt, — aber Roosevelt scheint entschlossen zu sein, diese Zerstörungsarbeit nicht zu hemmen, sondern nur ein Übergreifen des Feuers auf die soliden und standfesten Teile des amerikanischen Kredit- und Währungsgebäudes verhindern zu wollen.

Daß zwischen der Wahl und der „Inthronisation" des Präsidenten immer noch vier Monate verstreichen wie damals, als der reitende Postbote von San Franzisko bis Newyork die Kunde vom Ergebnis der Präsidentenwahl überbrachte, verzögerte ebenso rechtzeitige Gegenmaßnahmen wie die Ungewißheit über die Wirtschaftspolitik der neuen Regierung. Nun steht diese genau so vor der Aufgabe einer rücksichtslosen Sanierung der gesamten Kreditorganisation wie 1931 die Reichsregierung. Notmaßnahmen müssen vorläufig helfen, Notgeld, mit staatlicher Garantie versehen, soll den Mangel an Bargeld ersetzen, den die wilde Notenhamsterei und die Bankenfeiertage erzeugten. Durch dieses Notgeld sollen aber auch die Banken instandgesetzt werden, den Forderungen ihrer Kunden nach Auszahlung der Guthaben gerecht zu werden. Dieses Notgeld ist aber nicht — wie bisher die Dollarnote — gegen Gold einlösbar, ist eine Art „Binnenwährung" und könnte als solche natürlich nicht bestehen bleiben, sobald die Goldeinlösung wieder vonstatten geht; denn dann hätte Amerika zweierlei Geld, wobei das schlechtere erfahrungsgemäß immer das bessere verdrängt. Die Hamsterei der Dollarnoten würde also noch viel wilder werden. Und gar erst das Hamstern von Gold!

Auch an Amerika ist jetzt die Notwendigkeit herangetreten, zu einer „Schuldenregulierung" zu kommen. Es muß erbarmungslos „abgeschrieben" werden. Genau so wie dies 1931 in halbjähriger Arbeit in Deutschland erzwungen wurde mit dem Erfolg, daß unter schwersten Opfern unsere Kreditorganisation im großen und ganzen erhalten und neu gefestigt wurde. Schulden, denen keine Werte mehr gegenüberstanden und -stehen, müssen in das Nichts geworfen werden, wohin sie gehören. Dabei wird man in Amerika aber auch hinsichtlich der Kriegsschulden keine Ausnahme machen dürfen, denn Amerikas Schuldner wollen diesen Shylock-Schein auch nicht mehr anerkennen.

Reichstagszusammentritt Anfang April

Die erste Sitzung des Reichskabinetts nach den Wahlen.

Reichstagseröffnung zwischen dem 3. u. 8. April.

Die Notwendigkeit einer einheitlichen Politik in Reich und Ländern.

Das Reichskabinett trat am Dienstag in der Reichskanzlei zu einer Sitzung zusammen unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Adolf Hitler, um zu der Lage nach den Wahlen Stellung zu nehmen. Zunächst erstattete der Kanzler einen Bericht über die durch die Reichstagswahlen vom 5. März geschaffene politische Situation.

Nach den Beschlüssen des Kabinetts tritt der neugewählte Reichstag zwischen dem 3. und 8. April zusammen. Die feierliche Eröffnungssitzung findet in der Potsdamer Garnisonkirche statt. Jedoch steht der Tagungsort für die weiteren Sitzungen bisher noch nicht fest. Die Gottesdienste für die Abgeordneten am Tage der Reichstagseröffnung werden in der evangelischen Nikolaikirche und in der katholischen Stadtpfarrkirche in Potsdam stattfinden.

Reichspräsident von Hindenburg wird am Eröffnungstage am Grabe Friedrichs des Großen einen Kranz niederlegen.

In der Sitzung des Reichskabinetts hob Reichskanzler Adolf Hitler hervor, daß nunmehr eine großzügige Propaganda und Aufklärungsarbeit einsetzen müsse, damit keine politische Lethargie aufkommt und daß diese Volksaufklärung von einer neu zu errichtenden Zentralstelle ausgehen müsse. Ferner betonte der Reichskanzler die Notwendigkeit einer einheitlichen Politik in Reich und Ländern.

Dem Reichstag wird ein Ermächtigungsgesetz vorgelegt werden, das verfassungsändernden Charakter trägt.

Vizekanzler von Papen sprach dem Reichskanzler und der nationalsozialistischen Organisation den Dank des Reichskabinetts für die bewundernswerte Leistung bei der Wahl aus. Für die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot brachte Reichsarbeitsminister Seldte den Dank zum Ausdruck.

Reichsinnenminister Dr. Frick berichtete über die Vorgänge in Hamburg, Bremen, Lübeck und Hessen. Dr. Frick führte aus, daß die Maßnahmen des Reiches erfolgen müßten, weil sonst höchste Gefahr für Ordnung und Sicherheit in diesen Ländern bestehe. Die bisherigen Machthaber in diesen Ländern hätten keine Resonanz im Volke, und die Disziplin der Polizei erscheine gefährdet, wenn das Reich nicht eingreife.

*

Nächste Kabinettssitzung am Sonnabend.

Erörterung der landwirtschaftlichen Fragen.

Zu der Sitzung des Reichskabinetts wird noch bekannt: An dem späten Zusammentritt des Reichstages — zwischen dem 3. und 8. April — sind technische Gründe maßgebend gewesen. Was das Ermächtigungsgesetz anbetrifft, so steuert man auf ein verfassungsänderndes Gesetz hin und hofft bei der Abstimmung auf die Unterstützung des Zentrums. Über die Lage in Genf ist in der Sitzung nicht gesprochen worden. Es ist nicht beabsichtigt, einen Aufruf der Reichsregierung zu erlassen. Möglicherweise wird allerdings Reichskanzler

Hitler Ende der Woche im Rundfunk

über die politische Lage sprechen. Über die zu gründende Propagandazentrale ist in der Kabinettssitzung nur ganz allgemein gesprochen worden. Weder personell noch sachlich ist bisher irgend etwas entschieden. Reichskanzler Hitler wird zuvor mit den zuständigen Ressorts Rücksprache nehmen. Die nächste Kabinettssitzung findet am Sonnabend statt und wird sich mit landwirtschaftlichen Fragen befassen.

Gegenüber einer Zeitungsmeldung, daß die Proklamation des militärischen Ausnahmezustandes bevorstehe, wird von zuständiger Stelle erklärt, an einen militärischen Ausnahmezustand sei bisher in keiner Weise gedacht worden. Lediglich die bisherige Hamburger Regierung habe um Erklärung des Ausnahmezustandes gebeten. Dies sei jedoch von der Reichsstelle abgelehnt worden.

*

Konferenz bei Hindenburg.

Um die Eröffnung des Reichstages

Reichspräsident von Hindenburg empfing Reichskanzler Hitler, Vizekanzler v. Papen, Reichsminister des Innern Dr. Frick, Reichswehrminister Freiherrn v. Blomberg und Reichsminister und Reichstagspräsident Göring zu einer gemeinsamen Besprechung der politischen Lage. Es dürfte sich bei dieser Besprechung im wesentlichen um die Eröffnung und die Form der Eröffnung des neuen Reichstages gehandelt haben. Eine Entscheidung über die Frage, ob nur die Eröffnungssitzung in der Potsdamer Garnisonkirche stattfinden soll, ist noch nicht getroffen.

Die Brandstätte im Reichstagsgebäude ist während dieser Woche noch für die Besichtigung durch das Publikum zugänglich. Dann dürfte sofort mit den Aufräumungsarbeiten begonnen werden. Zunächst denkt man daran, die zerstörte Kuppel wiederherzustellen, um vor allem einmal das Innere vor Witterungseinflüssen zu schützen. Das Gerüst der Kuppel wird genau auf seine Tragfähigkeit geprüft werden. Das Herausbrechen der zahlreichen zerbrochenen Glasscheiben wird geraume Zeit in Anspruch nehmen, ehe daran gedacht werden kann, wieder neue Scheiben einzusetzen. Erst dann dürften die eigentlichen Aufräumungsarbeiten im Innern des Gebäudes beginnen. Die hierfür notwendig werdenden Arbeitsaufträge werden durch die Reichsbaudirektion verteilt. Es ist damit zu rechnen, daß mehrere hundert neue Hilfskräfte längere Zeit beschäftigt werden können.

*

Die Nationalregierung geht an die Arbeit.

Reichspressechef Dr. Funk im Rundfunk.

Reichspressechef Ministerialdirektor Dr. Funk hielt im Rundfunk einen Vortrag über die Lage nach den Reichstagswahlen, wobei er u. a. ausführte: Deutschland erlebe in diesen Tagen in der Tat eine Revolution, eine völlige Revolutionierung des Geistes und des politischen Lebens, die das System der vergangenen vierzehn Jahre zerbreche und einen neuen Staat mit einem neuen Inhalt und neuen Formen entstehen lasse. Diese Revolution finde allerdings in Ruhe und Ordnung und in organischer Entwicklung statt. Die Auslandspresse bezeichne das Wahlergebnis als den größten Sieg in der parlamentarischen Geschichte Deutschlands und weise mit Recht darauf hin, daß bei der Wahlbeteiligung von fast 90 Prozent niemand mehr von einer Wahlfarce oder von Einschüchterung reden könne.

Schon in den nächsten Tagen würde eine Reihe weiterer Maßnahmen zur Behebung der Not der Landwirtschaft und zur Beschaffung von Arbeit und Brot für die Arbeitslosen und Armen ergriffen werden.

Nicht zuletzt deshalb sei ja das Wahlergebnis vom 5. März ein für die Reichsregierung so günstiges und anerkennendes gewesen, weil sie in den wenigen Wochen ihres Bestehens bereits eine weithin sichtbare und spürbare Arbeit geleistet, manche Not gelindert und schweren Schaden an Volk und Staat beseitigt habe. Gestützt auf das Vertrauen und auf die gewährte Frist von vier Jahren könne die Reichsregierung, der das deutsche Volk am vergangenen Sonntag sein Vertrauen ausgesprochen habe, jetzt an das große schwere Werk des Wiederaufbaues von Staat und Wirtschaft gehen.

*

Dr. Göbbels Leiter eines Propagandaministeriums.

Wie in Berliner politischen Kreisen verlautet, ist zum Leiter der neuzuschaffenden Propagandazentrale der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Göbbels ausersehen. Man nimmt an, daß ein Ministerium für Propaganda geschaffen werden wird.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF